



# Bürgerbewegung.CH – Die Schweiz zuerst!

---

## Medienmitteilung

**Stichworte:** Referendum, Steuerung der Zuwanderung, Ausländergesetz, Masseneinwanderungs-Initiative, SVP, Bundesverfassung

«Bürgerbewegung.CH» trägt 8'000 Unterschriften gegen die Nichtumsetzung der MEI bei. Übergabe bei Bundeskanzlei Bundeshaus West, Bern, 7.4.2016 1500 Uhr.

Zug, den 7. April 2017

[Bürgerbewegung.CH](#) erbringt einen substantiellen Beitrag zur Referendums-Unterschriftensammlung gegen die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative der SVP. Am Freitag, 7. April 2016 hat die Aktionsgruppe «Bürgerbewegung.CH» 8'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht und hofft, dass mehrere an der Sammlung beteiligte weitere Komitees ebenfalls beträchtliche Unterschriften-Mengen einreichen.

Trotz grossem Bekanntheitsgrad und guter Begleitung der Unterschriftensammlung durch die Medien haben die Schweizer und Schweizerinnen wenig Lust verspürt, zu unterschreiben. Fazit: Eine Mehrheit im Volk ist ganz offensichtlich stillschweigend einverstanden mit der durch das Parlament beschlossenen Pseudo-Umsetzung (Flury/Müller). «Eine Unterschriftensammlung ist immer ein Gradmesser der öffentlichen Meinung», so Vollenweider, «gleichsam einer vorgezogenen Volksabstimmung». Trotz 80'000 im angeblich durch die Masseneinwanderung stark betroffenen Tessin verteilten Referendums-Bögen sei der Rücklauf aus dem Tessin verblüffend schwach gewesen.

«Die Rückkehr zu einer selektiven Zuwanderungs-Politik sei somit bis in weiter Ferne „vom Tisch“». Die RASA-Initiative ist durch das nichtzustandgekommenes Referendum nutzlos und chancenlos geworden: der Zuwanderungs-Verfassungsartikel 121a muss, da nun wirkungslos, auch nicht gestrichen werden. Für das Volk stelle er immerhin einen Rettungsanker dar, der bei weiterer Verschlechterung der Situation angerufen und aktiviert werden könne, so Vollenweider. «Bürgerbewegung.CH» werde deshalb auch bei der ZAFI-

Initiative mitmachen («Zuerst Arbeit für Inländer», [www.zafi.ch](http://www.zafi.ch)).

Die SVP hat mit ihrem Abseitsstehen, auch noch nachdem das Referendum von Dritten bereits gestartet worden war, den Eindruck bekräftigt, dass sie am Thema nicht mehr wirklich interessiert ist. Für SVP und AUNS bringt das weitgehende Desinteresse der Schweizer Bevölkerung an der Nichtumsetzung die Erkenntnis, dass allfällige, angekündigte neuaufgelegte Initiativen zum gleichen Thema, wie sie von AUNS und SVP angekündigt worden sind, spätestens an der Urne chancenlos sein werden.

**Vorbehalt:** Solange nicht alle durch diverse Komitees eingereichten Unterschriften durch die Bundeskanzlei ausgezählt sind, ist ein Zustandekommen des Referendums theoretisch immer noch möglich. Aber unwahrscheinlich.

Die verschiedenen Komitees haben ihre Sammelerfolge nur teilweise offengelegt.

Verantwortlich für diese Medienmitteilung:

Willi Vollenweider, dipl.El.Ing.ETH, Kantonsrat (parteilos)

Chamerstrasse 117, 6300 Zug

Tel Privat 041 743 1880

Tel Büro 044 732 4000

Mobil 078 769 67 35

[www.willivollenweider.ch](http://www.willivollenweider.ch)

[www.buergerbewegung.ch](http://www.buergerbewegung.ch)

[info@buergerbewegung.ch](mailto:info@buergerbewegung.ch)

**Bildmaterial:** **Bild der Abgabe vor der Bundeskanzlei**, Bundeshaus West, und Porträts: [www.buergerbewegung.ch/medien/index.html](http://www.buergerbewegung.ch/medien/index.html)

---

## Wer ist «Bürgerbewegung.CH» ?

[www.buergerbewegung.ch](http://www.buergerbewegung.ch)

«Bürgerbewegung.CH» ist eine im Aufbau befindliche politische Aktionsgruppe und bildet das Referendumskomitee gegen die MEI-Nichtumsetzung auf bürgerlicher Seite, sekundiert durch die CVP Tessin.

Dem erweiterten Referendumskomitee haben sich 30 Bürger und Bürgerinnen angeschlossen, welche sich grosse Sorgen um die gegenwärtige Politik und politische Kultur in der Schweiz machen.

Bundesrat und Parlament nehmen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung nicht mehr ernst! Viele Bürger und Bürgerinnen fühlen sich im Stich gelassen.

Die Bürgerbewegung.CH setzt sich ein für eine Bundesverfassungs-getreue Politik. Dazu gehören vor allem die öffentliche innere und äussere Sicherheit, die Verhinderung der fortschreitend erodierenden Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Erhalt einer lebenswerten Schweiz auch für die kommenden Generationen, sowie der Stopp der fortschreitenden Zubetonierung unseres schönen Landes.

Unser Schweizer Volk hat einen Anspruch darauf, dass Bundesrat und Parlament wieder Politik im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft machen: Die Schweiz zuerst!